

Koalitionsvertrag

VIELE GUTE ANSÄTZE – UMSETZUNG ENTSCHEIDEND

Die Ampel-Koalitionäre haben zügig verhandelt. Das Ergebnis ist eine gute Basis für die Luftverkehrs- politik der nächsten Jahre. Dem Standort Deutschland und einer seiner Schlüsselbranchen bieten sich Chancen. Aber es gibt auch Risiken. So sind die Pläne beim Verbraucherschutz kritisch zu bewerten.

Viel Zeit bleibt nicht. Insbesondere der Fit for 55-Prozess verlangt rasch die Aufmerksamkeit der Verantwortlichen. Ein ambitionierter Klimaschutz im Luftverkehr hat höchste Priorität – auch für Lufthansa. Aber ohne Korrekturen führen die Pläne zu einer schlichten Verlagerung von Verkehren und Emissionen.

Europäische Netzwerk-Airlines und Drehkreuz-Flughäfen wären die größten Verlierer, wenn die Vorschläge der EU-Kommission eins zu eins umgesetzt würden. Profitieren würde die direkte Konkurrenz außerhalb der EU, etwa am Bosphorus und am Golf. Sie könnte im Windschatten der EU-Regulierung zu günstigen Preisen Passagiere anlocken. Dies kann weder Sinn noch eine akzeptable Nebenwirkung europäischer Politik sein.

Bundesregierung will fairen Wettbewerb und Mindestpreise für Tickets

Daher ist es erfreulich, dass sich die neue Bundesregierung klar zu wettbewerbsneutralen Konzepten bekennt. Sie strebt faire internationale Regelungen an, um Carbon-Leakage-Effekte zu vermeiden. Der Konsens: Ein „Level Playing Field“ ist der einzige Weg, um einen wirksamen Klimaschutz mit einer wettbewerbsfähigen Industrie zu verknüpfen.

Positiv ist auch, dass die Einnahmen aus der Luftverkehrsteuer zielgerichtet für die Transformation der Branche eingesetzt werden sollen. Die Zweckbindung etwa zur Förderung nachhaltiger Flugkraftstoffe ist ein echter Beitrag zum Klimaschutz.

Aus dem Koalitionsvertrag

„Wir wollen die deutsche Luftverkehrswirtschaft und -industrie als Schlüsselbranchen **nachhaltig und leistungsfähig weiterentwickeln.**“

„Unser Ziel ist die Schaffung von **fairen Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb** für einen wirksamen Klimaschutz im Luftverkehr, der Emissionen effektiv reduziert sowie Carbon Leakage vermeidet.“

Ein europäisches Stoppschild für Dumpingpreise im Luftverkehr wäre ein weiteres starkes Zeichen. Denn künstlich generiertes Wachstum auf Kosten von Klima und Beschäftigten ist in keiner Hinsicht nachhaltig. Daher verdient die Bundesregierung auch sozialpolitisch breite Unterstützung bei dem Vorhaben, den Verkauf von Tickets zu Preisen unterhalb der Steuern und Gebühren künftig zu unterbinden.

In anderen Feldern bedarf es greifbarer Fortschritte: Dazu zählt die verbesserte Schienenanbindung von Drehkreuzen – insbesondere der Flughafen München braucht einen ICE-Bahnhof. Oder der einheitliche europäische Luftraum („Single European Sky“). Hier liegen große Potenziale zur CO₂-Reduktion. Die jahrelangen Verhandlungen sollten endlich zum Abschluss gebracht werden.

Verbraucherschutz:

Differenzierte und ausgewogene Regeln nötig

Einseitig sind hingegen die Koalitionspläne im Verbraucherschutz. Hier droht sich ein Missverhältnis von berechtigten Verbraucherinteressen einerseits und wirtschaftlichen Kosten andererseits zu etablieren.

So wäre etwa der Nutzen begrenzt, Flugreisen in die Insolvenzabsicherung einzubeziehen. Zwischen 2011 und 2019 waren nur 0,04 Prozent aller Flugreisenden von einer Airline-Insolvenz betroffen. Hier sollte Deutschland einen Alleingang vermeiden, um heimische Fluggesellschaften im internationalen Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Denn eine pauschale Insolvenzabsicherung hätte zwangsläufig höhere Ticketpreise zur Folge.

Individuelle Erstattungen weiter ermöglichen

Ähnlich kritisch ist das nicht weiter begründete Bekenntnis, das Schutzniveau der EU-Verordnung 261 zu bewahren und die „Automatisierung von Entschädigungsleistungen“ einzuführen. Beide Aussagen sollten mit dem erforderlichen Hintergrund bewertet werden. So ist eine Automatisierung im Sinne der Digitalisierung richtig, um die Bearbeitung berechtigter Ansprüche zu vereinfachen. Gleichzeitig muss es in Einzelfällen möglich bleiben, die Richtigkeit der Erstattungsanfrage zu prüfen und Kunden die Wahl zu geben, auf welche Art sie entschädigt werden wollen.

Besonders einschneidend wäre ein pauschales Verbot der sogenannten No-show-Klauseln. Sie besagen, dass der Weiter- oder Rückflug verfällt, wenn der Hin- oder Zubringerflug nicht angetreten wurde. Diese Bedingung zielt darauf ab, dass Kunden nicht etwa die Strecke Madrid-Frankfurt-New York buchen, aber erst in Frankfurt einsteigen, weil das Ticket ab Madrid günstiger ist. Das untergräbt eine regional und im Wettbewerb angemessene Preisgestaltung und kann dazu führen, dass regelmäßig nicht voll besetzte Flugzeuge fliegen. Das wäre auch ökologisch nachteilig. Auch hier gilt es genau abzuwägen und zu vermeiden, dass solch ein Buchungsverhalten durch politische Entscheidungen gefördert wird.

Vor allem im Klimaschutz setzt das Regierungsprogramm die richtigen Akzente. Dabei darf es aber nicht bleiben. Entscheidend ist die Umsetzung. Das Tempo, das die Koalitionäre bisher an den Tag gelegt haben, sollte jetzt gehalten werden. So kann es gelingen, die deutsche Schlüsselbranche Luftverkehr nachhaltig und zukunftsfest zu machen.

Aus dem Koalitionsvertrag



„Einnahmen aus der Luftverkehrsteuer werden wir für die **Förderung von Produktion und Einsatz von CO₂-neutralen strombasierten Flugkraftstoffen** sowie für Forschung, Entwicklung und Flottenmodernisierung im Luftverkehr einsetzen.“



„Deutschland soll **Vorreiter beim CO₂-neutralen Fliegen werden** bei Wahrung von fairen Rahmenbedingungen im internationalen Wettbewerb.“